

## Evangelische Mittelost-Kommission der EKD (EMOK)

### **Stellungnahme zu den Annexionsplänen der israelischen Regierung**

*Die Evangelische Mittelost-Kommission (EMOK) der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) reagiert mit dieser Stellungnahme auf Annexionspläne der israelischen Regierung und weist diese Pläne zurück. Sie bezieht sich dabei auf frühere Stellungnahmen (vgl. E.II\_2017\_05\_03 und E.II\_2009\_01\_01), in denen sich die EMOK für eine Zweistaatenlösung ausspricht. Diese Haltung gewinnt sie aufgrund einer doppelten Verbundenheit mit dem Judentum und dem Staat Israel sowie den christlichen Kirchen in Israel und Palästina. Daher appelliert sie sowohl an die jeweiligen Regierungen als auch an EU und Bundesregierung, eine diplomatische Lösung des Konflikts zu finden und für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung einzutreten.*

Keywords: Interreligiöser Dialog, Christentum, Judentum, Israel, Palästina

1.

In ihrem im Jahr 2009 verabschiedeten und im Jahr 2017 unverändert neu herausgegebenen Grundsatzpapier unter dem Titel „Israel-Palästina“ hat die Evangelische Mittelost-Kommission (EMOK) der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ihre Policy zum Israel-Palästina-Konflikt dargelegt. Sie weiß sich auch weiterhin an deren Prinzipien gebunden:

- Die in einer theologischen Reflexion im jüdisch-christlichen Kontext gewonnene Erkenntnis der Verbundenheit der Kirche mit dem Judentum schließt auch das heutige Israel ein.
- Das Bewusstsein ökumenischer Gemeinschaft führt zur Solidarität mit den christlichen Kirchen in Israel und Palästina.
- In der Nachfolge Christi erhebt die Kirche ihre Stimme für Frieden und Gerechtigkeit. Sie setzt sich für die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht ein.

2.

Auf der Grundlage dieser doppelten Verbundenheit hat die EMOK in der Vergangenheit mehrfach zur politischen Situation im Heiligen Land Stellung bezogen. In Sorge um den Frieden und das Wohl der in Israel und Palästina lebenden Menschen äußern wir uns kritisch zu der aktuell von der israelischen Regierung geplanten und im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Annexion des Jordantals sowie weiterer Teile des besetzten palästinensischen Gebiets. Eine solche Annexion würde gegen das Völkerrecht verstoßen. Im Widerspruch zu dem durch die US-Regierung vorgelegten sog. Peace Plan (Friedensplan), der für eine Annexion großer Teile des palästinensischen Westjordanlandes plädiert, ist für uns weiterhin folgender Maßstab unseres Grundsatzpapiers leitend:

„Nur Recht und Gerechtigkeit können die Grundlage eines Friedens sein, der beiden Völkern ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglicht. Die Achtung geltender Menschen- und Völkerrechtsnormen ist die Grundlage jeder gelingenden Friedenslösung.“

Mit dieser Stellungnahme bekräftigen wir die international anerkannte Perspektive einer Zweistaatenlösung. Diese wurde kürzlich erneut auch von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten gefordert, darunter die Bundesregierung. Die Ausgestaltung dieser Lösung hat auf dem Weg von Verhandlung zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite zu erfolgen. Die Umsetzung dieser Zielvorstellung scheint bereits heute gefährdet und würde bei einer Annexion weiter Teile des Westjordanlandes durch den israelischen Staat möglicherweise endgültig unmöglich gemacht. Die EMOK befürchtet, dass eine Annexion radikalen Positionen in Israel und Palästina zuarbeiten würde und dadurch die Gewalt in Israel und Palästina neu aufflammen könnte. Die EMOK fragt, welchen rechtlichen Status die im geplanten Annexionsgebiet lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser im Falle einer Annexion erhalten sollen.

3.

Aus diesem Grund rufen wir

- die israelische Regierung auf, die von ihr vereinbarten Annexionspläne auszusetzen,
- die palästinensische Führung auf, interne Streitigkeiten zu beenden und sich mit einer Stimme gegen die Annexionspläne der israelischen Regierung zu wenden,
- die israelische und palästinensische Zivilgesellschaft auf, sich gegen die Annexion auszusprechen und für Verhandlungen einzusetzen,
- die politisch Verantwortlichen in Israel und Palästina auf, Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes wiederaufzunehmen,
- die Bundesregierung sowie die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, sich konsequent gegen die unilaterale Annexion von Teilen des palästinensischen Westjordanlandes durch die israelische Regierung einzusetzen und an ihrer Unterstützung des Friedensprozesses festzuhalten,
- die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft für eine zentrale Vermittlerrolle der Europäischen Union zu engagieren und sich weiterhin für eine verhandelte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts auf Basis des internationalen humanitären Völkerrechts einzusetzen.

4.

Mit dieser Erklärung sehen wir uns in Übereinstimmung mit unseren ökumenischen Partnern wie dem Ökumenischen Weltrat der Kirchen und dem Mittelöstlichen Kirchenrat (Middle East Council of Churches) und nicht zuletzt den Patriarchen und Häuptern der im Heiligen Land anerkannten Kirchen. Wir verbinden diesen Aufruf mit der Hoffnung, der Stimme der Menschen im Heiligen Land bei uns Gehör zu verschaffen und ihnen ein unterstützendes Zeichen der Hoffnung auf einen gerechten Frieden in Israel und Palästina zu übermitteln. Die Evangelische Kirche in Deutschland wird auch weiterhin Initiativen unterstützen, die sich in Israel und Palästina für Begegnung, Versöhnung und einen gerechten Frieden einsetzen.

Quelle:

<https://www.ekd.de/emok-texte-22521.htm> (2025-07)